

Kleine Anfrage

des Abg. Anton Baron AfD

und

Antwort

**des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung
und Kommunen**

Polizeieinsätze in Flüchtlingsunterkünften im Hohenlohekreis

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Polizeieinsätze wurden jeweils im Jahr 2022 und 2023 (bis zum Zeitpunkt der Beantwortung dieser Kleinen Anfrage) in welchen Asylbewerberunterkünften und Anschlussunterkünften des Hohenlohekreises verzeichnet?
2. Aus welchen Gründen erfolgten die Polizeieinsätze zu Frage 1?
3. Wie hoch sind die Gesamtkosten, die dem Land Baden-Württemberg durch diese Polizeieinsätze in den Asylbewerberunterkünften des Hohenlohekreises entstanden sind?
4. Wie viele und welche Straftaten sind im Zusammenhang mit den Polizeieinsätzen in den Asylbewerberunterkünften des Hohenlohekreises zur Anzeige gekommen?
5. Wie stellt sich die Zusammensetzung der Straftäter, gegen die nach den Polizeieinsätzen in den Asylbewerberunterkünften des Hohenlohekreises ermittelt wurde bzw. wird, hinsichtlich ihrer Nationalität, ihres Alters und ihres Geschlechts dar?
6. Welche Maßnahmen hat sie getroffen um die Anzahl der Vorfälle in den Asylbewerberunterkünften des Hohenlohekreises zu reduzieren und die Sicherheit für die Allgemeinheit zu verbessern?

16.11.2023

Baron AfD

Eingegangen: 16.11.2023 / Ausgegeben: 14.12.2023

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente*

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

Begründung

Die Situation bezüglich der Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften und der Unterbringung von Geflüchteten im Hohenlohekreis wird nach entsprechenden Presseberichten immer angespannter. Das Thema erregt sukzessive mediale Aufmerksamkeit und verdient es, detailliert hinterfragt zu werden.

Antwort

Mit Schreiben vom 8. Dezember 2023 Nr. 3-0141.5-341/68 beantwortet das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen im Einvernehmen mit dem Ministerium der Justiz und für Migration die Kleine Anfrage wie folgt:

- 1. Wie viele Polizeieinsätze wurden jeweils im Jahr 2022 und 2023 (bis zum Zeitpunkt der Beantwortung dieser Kleinen Anfrage) in welchen Asylbewerberunterkünften und Anschlussunterkünften des Hohenlohekreises verzeichnet?*
- 2. Aus welchen Gründen erfolgten die Polizeieinsätze zu Frage 1?*

Zu 1. und 2.:

Die Fragen 1 und 2 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Eine zentrale Erfassung aller polizeilichen Einsätze findet nicht statt. Die Polizei Baden-Württemberg greift zur Disposition von Einsätzen u. a. auf Einsatzleitsysteme in den Führungs- und Lagezentren zurück, deren Einsatzdaten jedoch nur eine Teilmenge des tatsächlichen Einsatzaufkommens abbilden. Aufgrund verschiedener Verzerrungsfaktoren weisen diese insofern nur eine begrenzte Aussagekraft auf.

Unter Maßgabe dieser Einschränkungen wurden im Zeitraum 1. Januar 2022 bis einschließlich 20. November 2023 insgesamt 81 polizeiliche Einsätze in Bezug auf Asylbewerberunterkünften im Hohenlohekreis dokumentiert. Dabei handelt es sich sowohl um Einsätze zur Gefahrenabwehr, als auch zur Strafverfolgung. Aus dem Einsatzleitsystem bzw. den dort hinterlegten polizeilichen Einsätzen kann nicht auf das Vorliegen einer Straftat geschlossen werden. So können sich beispielsweise im Rahmen eines Einsatzanlasses „Streitigkeit“ zureichende tatsächliche Anhaltspunkte auf eine Straftat ergeben, die jedoch nicht im Einsatzleitsystem abgebildet werden. Ebenso kann die Polizei zu einem Hausfriedensbruch gerufen werden, der sich schlussendlich nicht bestätigt.

Details können der nachfolgenden tabellarischen Auflistung entnommen werden:

Asylbewerberunterkunft, Krautheim, Birkenallee 6:

Anzahl der Polizeieinsätze 2022/2023	Einsatzanlässe
1	Körperliche Auseinandersetzung

Asylbewerberunterkunft, Künzelsau, Würzburger Str. 34:

Anzahl der Polizeieinsätze 2022/2023	Einsatzanlässe
60 ¹	Abschiebungen (3), Auskunftersuchen (1), Bedrohung (3), Diebstahldelikte (3), Durchsuchung (1), Festnahme (2), Folgeaufträge (2), Hausfriedensbruch (3), Körperverletzung (1), Personenkontrolle (2), Personentransport (1), randalierende Personen (12), Streitigkeiten (11), Unterstützungseinsatz (1), psychisch auffällige Person (1), sonstiger Einsatzanlass (3), verdächtige Wahrnehmung (1), verwirrte Person (2), Suizidandrohung (4), Hilfeersuchen (2), Verstoß gg. das Betäubungsmittelgesetz (1)

Asylbewerberunterkunft, Künzelsau, Stettenstraße 30:

Anzahl der Polizeieinsätze 2022/2023	Einsatzanlässe
1	Unterstützungseinsatz

Anschlussunterbringung, Kupferzell, Im Bild 3:

Anzahl der Polizeieinsätze 2022/2023	Einsatzanlässe
1	Ruhestörung

Anschlussunterbringung, Neuenstein, Erbsenweg 5:

Anzahl der Polizeieinsätze 2022/2023	Einsatzanlässe
2	Auskunftersuchen, Verkehrsordnungswidrigkeit

Asylbewerberunterkunft, Neuenstein, Bahnhofstraße 19–29:

Anzahl der Polizeieinsätze 2022/2023	Einsatzanlässe
5	Auskunftersuchen, Körperverletzung (2), Streitigkeiten (2)

¹ Die Ursachen für die im Vergleich hohe Fallzahl in der Asylbewerberunterkunft in der Würzburger Straße in Künzelsau sind vielfältig und können nicht allein aus den dokumentierten Daten der Einsatzleitsysteme abgeleitet werden. Hauptursache dürfte sein, dass es sich bis zum Mai 2023 um die einzige Asylbewerberunterkunft im Hohenlohekreis handelte. Zudem dürfte hier ein – bedingt durch den Einsatz eines Sicherheitsdienstes vor Ort – niederschwelliges Anzeigeverhalten vorliegen. Des Landratsamt Hohenlohekreis sowie das örtlich zuständige Polizeirevier Künzelsau schätzen die genannte Asylbewerberunterkunft übereinstimmend als keinen besonderen polizeilichen Schwerpunkt ein.

Öhringen²:

Anzahl der Polizeieinsätze 2022/2023	Einsatzanlässe
3	Streitigkeiten

Asylbewerberunterkunft, Öhringen, Am Ochensee 41:

Anzahl der Polizeieinsätze 2022/2023	Einsatzanlässe
1	Streitigkeiten

Asylbewerberunterkunft, Öhringen, Im Brenntenstock 12:

Anzahl der Polizeieinsätze 2022/2023	Einsatzanlässe
4	Abschiebung, Ruhestörung, Hausfriedensbruch, Bedrohung

Anschlussunterbringung, Öhringen-Ohrnberg, Sindringer Str. 18:

Anzahl der Polizeieinsätze 2022/2023	Einsatzanlässe
1	Sachbeschädigung

Anschlussunterbringung, Pfedelbach, Hauptstraße 4:

Anzahl der Polizeieinsätze 2022/2023	Einsatzanlässe
1	Bedrohung

Anschlussunterbringung, Pfedelbach, Hauptstraße 26:

Anzahl der Polizeieinsätze 2022/2023	Einsatzanlässe
1	Streitigkeiten

3. *Wie hoch sind die Gesamtkosten, die dem Land Baden-Württemberg durch diese Polizeieinsätze in den Asylbewerberunterkünften des Hohenlohekreises entstanden sind?*

Zu 3.:

Die für die Kostenberechnung notwendigen Parameter von polizeilichen Einsatzanlässen sind für das zuständige Polizeipräsidium Heilbronn händisch aufgrund unterschiedlicher Speicherfristen nur für einen Zeitraum von maximal 180 Tagen möglich.

Für den auswertbaren Zeitraum zwischen dem 30. Mai 2023 und dem 20. November 2023 wurden durch die Polizei Baden-Württemberg rund 71 Einsatzstunden in Zusammenhang mit Einsatzlagen in Asylbewerberunterkünften im Hohenlohenkreis erbracht.

Gemäß der Stundenpauschsätze nach der „Verwaltungsvorschrift des Finanzministeriums über die Berücksichtigung der Verwaltungskosten insbesondere bei der Festsetzung von Gebühren und sonstigen Entgelten für die Inanspruchnahme der Landesverwaltung“ (VwV-Kostenfestlegung) in der Fassung vom 31. Oktober 2022 entspricht der Einsatzstundenaufwand der Polizeieinsätze für den oben genannten Zeitraum rund 5 240 Euro.

4. *Wie viele und welche Straftaten sind im Zusammenhang mit den Polizeieinsätzen in den Asylbewerberunterkünften des Hohenlohekreises zur Anzeige gekommen?*

Zu 4.:

Die statistische Erfassung von Straftaten erfolgt bei der Polizei Baden-Württemberg anhand der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS). Bei der PKS handelt es

² Aufgrund fehlender Datensätze kann keine konkrete Örtlichkeit nachvollzogen werden.

sich um eine sogenannte reine Ausgangsstatistik, in der strafrechtlich relevante Sachverhalte nach der polizeilichen Sachbearbeitung vor Abgabe an die Strafverfolgungsbehörden erfasst werden. Die PKS ist als Jahresstatistik konzipiert. Die Fallfassung erfolgt nach den bundeseinheitlichen „Richtlinien für die Führung der Polizeilichen Kriminalstatistik“.

Die Betrachtung eines eng umgrenzten kriminalgeografischen Raums unterliegt im Vergleich zur landesweiten Kriminalitätslage Einschränkungen. Aufgrund der kleineren statistischen Grundgesamtheit können bereits leichte Veränderungen der Fallzahlen ausreichen, um nicht unerhebliche prozentuale Schwankungen zu verursachen. Auch sogenannte Sammelvorgänge, bei denen im Zuge eines Ermittlungsvorgangs eine Vielzahl von Straftaten bekannt wird, können diesen Effekt verstärken.

Nachfolgend werden die Anzahl der Fälle für das Jahr 2022 im Hohenlohekreis mit Tatörtlichkeit „Asylbewerberunterkunft“ dargestellt.

Anzahl der Fälle mit Tatörtlichkeit „Asylbewerberunterkunft“ im Hohenlohekreis³	2022
Straftaten gesamt	48
- darunter Rohheitsdelikte/Straftaten gegen die persönliche Freiheit	24
- darunter vorsätzlich, leichte Körperverletzung	12
- darunter gefährliche Körperverletzung	6
- darunter Diebstahlsdelikte	7
- davon Diebstahl ohne erschwerte Umstände	4
- davon Diebstahl unter erschwerten Umständen	3
- darunter sonstige Straftaten StGB	15
- darunter Sachbeschädigungen	10
- darunter strafrechtliche Nebengesetze	2

Im Jahr 2022 wurden in der PKS insgesamt 48 Straftaten im Hohenlohekreis mit Tatörtlichkeit „Asylbewerberunterkunft“ registriert. Den Schwerpunkt stellen mit insgesamt 24 Fällen Rohheitsdelikte und Straftaten gegen die persönliche Freiheit dar, darunter sind zwölf Fälle der vorsätzlich, leichten Körperverletzung sowie sechs Fälle der gefährlichen Körperverletzung erfasst.

Im Jahr 2022 wurden im Bereich der sonstigen Straftaten 15 Fälle mit Tatörtlichkeit „Asylbewerberunterkunft“ im Hohenlohekreis registriert, darunter überwiegend Sachbeschädigungen mit zehn Fällen.

Unterjährige, mithin monatliche Auswertzeiträume unterliegen erheblichen Verzerrungsfaktoren, beispielsweise bezogen auf die Dauer der Ermittlungsverfahren oder den Zeitpunkt der statistischen Fallfassung und sind demnach wenig belastbar bzw. aussagekräftig. Für das aktuelle Jahr 2023 sind daher lediglich Trendaussagen möglich. Im Jahr 2023 zeichnet sich für die Tatörtlichkeit „Asylbewerberunterkunft“ im Hohenlohekreis insgesamt ein Anstieg der Straftaten ab.

5. Wie stellt sich die Zusammensetzung der Straftäter, gegen die nach den Polizeieinsätzen in den Asylbewerberunterkünften des Hohenlohekreises ermittelt wurde bzw. wird, hinsichtlich ihrer Nationalität, ihres Alters und ihres Geschlechts dar?

Zu 5.:

Auf die Ausführungen zur Erfassungssystematik der PKS zur Frage 4 wird verwiesen.

³ Die Auflistung in der dargestellten Tabelle ist nicht abschließend, sodass die Anzahl unter Gesamt nicht der Summe der einzelnen ausgewählten Straftatenschlüssel entspricht.

Die PKS weist die nachfolgende Anzahl an Tatverdächtigen (TV) aus, die im Zusammenhang mit Straftaten mit der Tatörtlichkeit „Asylbewerberunterkunft“ im Hohenlohekreis erfasst wurden. Tatverdächtige werden in der PKS aufgrund der sogenannten Tatverdächtigenrechtzählung je Berichtszeitraum und Deliktskategorie jeweils nur einmal erfasst, auch wenn sie ggf. mehrere Straftaten begangen haben.

Nachfolgend werden alle TV aus dem Jahr 2022 im Hohenlohekreis mit der Tatörtlichkeit „Asylbewerberunterkunft“ nach Nationalität, Alter und Geschlecht dargestellt.

Anzahl der TV im Hohenlohekreis mit Tatörtlichkeit „Asylbewerberunterkunft“ im Jahr 2022	Kinder	Jugendliche	Heranwachsende	Erwachsene
Gesamt	0	0	1	31
- männlich	0	0	1	24
- weiblich	0	0	0	7
- davon deutsch	0	0	0	1
- davon männlich	0	0	0	1
- davon nichtdeutsch	0	0	1	30
- davon männlich	0	0	1	23
- davon weiblich	0	0	0	7
- davon Russische Föderation	0	0	0	1
- davon männlich	0	0	0	1
- davon Türkei	0	0	0	2
- davon männlich	0	0	0	1
- davon weiblich	0	0	0	1
- davon Ukraine	0	0	0	4
- davon männlich	0	0	0	1
- davon weiblich	0	0	0	3
- davon Serbien	0	0	0	2
- davon männlich	0	0	0	1
- davon weiblich	0	0	0	1
- davon Algerien	0	0	0	3
- davon männlich	0	0	0	3
- davon Nigeria	0	0	0	6
- davon männlich	0	0	0	5
- davon weiblich	0	0	0	1
- davon Gambia	0	0	1	7
- davon männlich	0	0	1	7
- davon Ghana	0	0	0	1
- davon weiblich	0	0	0	1
- davon Guinea	0	0	0	1
- davon männlich	0	0	0	1
- davon Georgien	0	0	0	1
- davon männlich	0	0	0	1
- davon Iran, Islamische Republik	0	0	0	1
- davon männlich	0	0	0	1
- davon ungeklärt	0	0	0	1
- davon männlich	0	0	0	1

Insgesamt wurden im Jahr 2022 im Hohenlohekreis mit der Tatörtlichkeit „Asylbewerberunterkunft“ 32 TV erfasst, davon sind sieben TV weiblich.

Der Großteil der TV ist erwachsen (31 TV), ein TV heranwachsend. Gambisch stellt mit sieben TV die größte Gruppe innerhalb der Staatsangehörigkeiten dar, gefolgt von nigerianisch mit sechs TV.

6. Welche Maßnahmen hat sie getroffen um die Anzahl der Vorfälle in den Asylbewerberunterkünften des Hohenlohekreises zu reduzieren und die Sicherheit für die Allgemeinheit zu verbessern?

Zu 6.:

Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg hat für die Landesregierung höchsten Stellenwert. Sämtlichen Maßnahmen liegt eine ganzheitliche Betrachtung der Kriminalitätsentwicklung zugrunde.

Für die Sicherheit in Asylbewerberunterkünften ist grundsätzlich der Träger verantwortlich. Gleichwohl trifft die Polizei des Landes und somit auch das Polizeipräsidium Heilbronn, unter anderem auf Basis regionaler Gefährdungserkenntnisse, alle erforderlichen polizeilichen Maßnahmen, um die Sicherheit der Bewohnerinnen und Bewohner einer Asylbewerberunterkunft sowie der Bevölkerung zu gewährleisten. Dazu zählen beispielsweise offene und verdeckte Aufklärungs- und Präsenzmaßnahmen im Rahmen des täglichen Dienstes. Überdies steht das zuständige Polizeipräsidium Heilbronn im regelmäßigen Austausch mit der Ausländerbehörde des Landratsamts Hohenlohekreis sowie mit den bei Anschlussunterbringungen örtlich zuständigen Ordnungsämtern der Gemeinden.

Sobald eine neue Asylbewerberunterkunft eröffnet wird, findet grundsätzlich bedarfsmäßig eine Kontaktaufnahme des Polizeipräsidiums Heilbronn mit den Objektverantwortlichen statt. Hierbei werden bspw. Meldewege und Ansprechpersonen festgelegt.

Bei besonderen Vorkommnissen erfolgt zudem auf dem vorgesehenen Meldeweg eine Mitteilung an den Sonderstab für gefährliche Ausländer, um gegebenenfalls aufenthaltsbeendende Maßnahmen zu prüfen.

Strobl

Minister des Inneren,
für Digitalisierung und Kommunen